

# Reichswart

Graf E. Reventlow

Der „Reichswart“ erscheint jeden Sonnabend

Bestellungen nehmen alle Postämter, Buchhandlungen sowie der Verlag „Der Reichswart“ G. m. b. H., Berlin SW 11, Bernburger Str. 30, entgegen.

Verleger: E. Reventlow, Berlin SW 11, Bernburger Str. 30.

Unverlangt Manuskript. in Rückporto beizufügen

### Bezugs-Preise:

Inland: vierteljährlich, durch die Post 3,-, durch Kreuzband 3,60, Ausland: B monatlich, 1,30, D monatlich, 2 Schilling.

### Anzeigen-Preise:

Für die 10gepalt. Zeile 15 Goldpf., d. ganz Seite 600 Goldpf., bei Platzverschmälzung entsprechend, Zuschlag Rabatt nach Tarif.

und Deutsches Schrifttum von Ad. Bartels als monatliche Beilage

Nummer 6

Berlin, den 5. Hornunas (Februar) 1927

8. Jahrgang

Inhalt: Deutschnationale „Volks“- und Regierungspartei. — Politik und Konfession. — Der Geheimbund. II. — Zum 25-jährigen Jubiläum des „Hammer“. — Kaiser Wilhelm II. und die Juden. (Fortsetzung.) — Die Vertrauenskrise in der Ju. L. (Schluß.) — Aus der Bewegung. — Büchereingang.

## Deutschnationale „Volks“- und Regierungspartei.

In der ersten Januarnummer des „Reichswart“ wurde ein Aufsatz „Deutschnationale Morgenröte?“ veröffentlicht. Wir kamen zum Ergebnis, daß selbst wenn das Ende der Regierungstrübs eine Morgenröte für die Deutschnationale Volkspartei sei, eine Morgenröte für das deutsche Volk nicht heraufgeführt werden würde. Heute ist die Regierungstrübs beendet, die Deutschnationale Volkspartei zieht mit vier Ministerstellen in die Regierung ein. Das Zentrum hat drei Sitze inne, die Deutsche Volkspartei zwei, die Bayerische Volkspartei einen; Dr. Geßler ist aus der Demokratischen Partei ausgetreten und bleibt Reichswehrminister.

Vom Standpunkt der Deutschnationalen Volkspartei gesehen, wenn wir wenigstens versuchen wollen, uns auf diesen zu denken, ist zunächst ein großer Erfolg da: es ist der Parteiführung nach unjüdischen Müssen gelungen, in die Regierung hineinzukommen und sogar vier Ministerstellen zu erhalten, darunter den Posten des Vizekanzlers, mehr Sitze als eine der anderen in der Regierung vertretenen Parteien, wenn man von der Tatsache absteht, daß Dr. Marx außer dem Reichskanzleramt auch noch das Ministerium für die besetzten Gebiete vertritt.

Sieht man mit diesem Ergebnis die Tatsache zusammen, daß die Krise, d. h. der Sturz des damaligen Kabinetts Marx, planmäßig durch die deutschnationale Fraktion herbeigeführt worden ist, so kann an der Größe des parteitaktischen Erfolges an und für sich zunächst kein Zweifel sein. Freilich erhebt sich daneben sofort die Frage: was hat dieser Erfolg gekostet, was wird er weiter kosten, oder sind schon alle Zahlungen geleistet und alle Unkosten überschaubar? Die Zentrumspartei hatte, wie aus der Tagespresse bekannt ist, in langen Sitzungen ein Manifest fertiggestellt, das den Standpunkt dieser Partei im einzelnen und grundsätzlich darlegt. Auf diese Grundzüge und Richtlinien hat sie sich die Deutschnationale Volkspartei für die Zukunft bindend zu verpflichten, ohne das Zentrum sich zu eigentlichen Verhandlungen über eine gemeinsame Regierungsbildung bereit erklärt. Die Hauptpunkte sind, ganz kurz genannt, die folgenden: „Die Fundamente unseres neuen deutschen Staates sind in Weimar gelegt worden... es gibt für uns keine andere staatliche Wirklichkeit als die Republik mit ihren Symbolen.“ Nach außen hin die nationale Gel und durch Verständigung mit anderen Nationen. Der Geist des deutschen Volkstums müsse sich immer wieder aus dem christlichen Glauben erneuern. Die Reichswehr dürfe keinen bestimmten politischen Gruppen denkbar sein, den wahrhaft verfassungstreuen Söhnen des Volkes müsse der Zugang zur Reichswehr ermöglicht werden. — Zur sozialen Frage: Unternehmer und Arbeiter müßten zu einem besseren gegenseitigen Verständnis geführt werden. Soziale Reformarbeit hinge im Erfolge davon ab, daß das deutsche Volk wieder in eine europäische zwischenstaatliche Rechtsordnung eingefügt werde. Vertragsstreue, Völkerverständigung, Völkerverbund usw., Verträge von London bis Genf seien rechtsgültig und Grundlage für die Außenpolitik. — Wirtschaftspolitik: Erhaltung der eigenen Betriebe in Handel, Handwerk und Gewerbe, Senkung der öffentlichen Ausgaben, Entlastung der Schwachen, schrittweise Beseitigung der Wohnungsnot, Hilfe für die Landwirtschaft, durch Technik, durch Handels- und Steuerpolitik, Siedlung. — Sozialreform: Tatsächliche Auswirkung der rechtlichen Anerkennung der Gleichstellung des Arbeitnehmers mit dem Arbeitgeber, Ausbau des Arbeitsrechtes, zunächst durch einheitliches Arbeitschutzrecht, Regelung der Arbeitszeit im Einklang mit den internationalen Vereinbarungen. Für die öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen ist eine Form zu finden, welche das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in der Wirtschaft verwirklicht. Sozialversicherung ist auszubauen, auch durch internationale Abmachungen. Wohlfahrtspflege, Fürsorge usw.

Über den Inhalt vertraulicher Verhandlungen und Abmachungen wollen wir vorläufig hinweggehen, da sie teils unzuverlässig, teils unvollständig bekannt geworden sind. Im übrigen bleibt für den allgemeinen Umriss des Bildes noch auf den Brief des Reichspräsidenten an den Reichskanzler Marx hinzuweisen. Dieser Brief hat die Koalition des Zentrums und der Deutschnationalen recht eigentlich eingeleitet. Das Schreiben wurde am 21. Januar an den Reichskanzler gerichtet, nachdem dessen bis-

herige Bemühungen, ein Kabinett einer nur auf die mittleren Parteien gestützten Regierung zu bilden, gescheitert waren: „Ich richte nunmehr an Sie, Herr Reichskanzler, das Ersuchen, die Bildung einer Regierung auf der Grundlage einer Mehrheit der bürgerlichen (!) Parteien des Reichstages mit unilichster Beschleunigung zu übernehmen.“ — Wie dieses Schreiben zustande gekommen ist, steht hier nicht zur Rede, man darf aber annehmen, daß starke deutschnationale Einflüsse im Spiel gewesen sind, zumal der letzte Teil der Zentrumspartei vor diesem Schreiben, auch ganz kurz nachher noch, eine scharf zum Ausdruck kommende Abneigung gegen jede Verbindung mit den Deutschnationalen bekundete. Wenige Wochen vorher hatte der rechte Flügel der Volkspartei besonders durch Dr. Schulz in einer Rede zum Ausdruck gebracht, daß das Gebot der Stunde ein Zusammenschluß des bestehenden Bürgertums sei.

Indem sie sich jene Richtlinien und Grundzüge des Zentrumsmanifestes zueigen gemacht, sich darauf verpflichtet hat, hat sich die Führung der Deutschnationalen Volkspartei ihres bisherigen Standpunktes, besonders in den zwei großen Fragen, begeben: Staatsform und Außenpolitik. In dieser Feststellung kann durch irgendwelche spätere Deutungsbestrebungen tatsächlich nichts geändert werden. Andererseits darf man annehmen, daß die Parteipropaganda unter den deutschnationalen Wählern weitgehende Deutungskünste betätigen wird, besonders nach der Richtung: hinsichtlich der Staatsform habe man „im Grunde“ nichts angegeben, denn für absehbare Zeit sei doch nichts zu erreichen, es mache also nichts aus, wenn man sich zunächst formell auf die Weimarer Republik und deren „Symbole“ (also schwarz-rot-gelb!) festgelegt habe. In der Außenpolitik siehe man mit den geoeen Verträgen von London bis zu Locarno und Genf vollendeten Tatsachen gegenüber, die man zunächst hinnehmen müsse, denn die Erfahrung habe gezeigt, daß man als Opposition dagegen nichts zu erreichen vermöge. Für diese beiden großen Fragen: Staatsform und Außenpolitik könne die Deutschnationale Volkspartei viel wirksamer „von innen“ arbeiten, nämlich, wenn sie in der Regierung vertreten sei. Allmählich, zäh und kräftig, werde die Partei den Kurs der Regierung auf diesen beiden und anderen Wegen beeinflussen. Uebrigens, man wisse ja auch nicht, was die Zukunft an Ueberraschungen bringen könne, und dann stehe man am Hebel, nicht mehr draußen wie früher. Diese Ueberlegungen trafen auch für die Frage der Reichswehr zu, die vor allem einer beherrschenden Einwirkung der Linken entzogen werden müsse. — Für die Wirkung im Lande und in der deutschnationalen Wählerschaft und bei den Spitzen der Organisation sind jene dunklen Andeutungen: man wisse ja nicht, was noch kommen könne usw. wahrscheinlich von besonderer Wirksamkeit. Der Erfolg im Ganzen bleibt abzuwarten, ebenso, ob, wie Linke Blätter mitzuteilen mußten, der „äußerste rechte Flügel“ der Deutschnationalen Volkspartei aus der Partei austreten wird. Dieses Ereignis ist schon oft vorausgesagt worden, sicher haben auch manche Deutschnationale einen solchen Schritt schon wiederholt ins Auge gefaßt, aber es ist nie etwas daraus geworden, weil die „Massenanziehung“ der großen Partei zu stark wirkte. Ob es dieses Mal anders kommen sollte, ist abzuwarten. Würde es der Fall, so hätte man mit ausgetretenen Deutschnationalen zu tun, die durch ihren Austritt auch nicht um eine Stufe sich innerlich einer völkisch-sozialen oder nationalsozialistischen Gesinnung genähert hätten.

Die eingangs aufgeworfene Frage nach der Höhe des Preises, den die Deutschnationale Volkspartei dem Zentrum bezw. dem Reichspräsidenten gezahlt hat, ist also gar nicht so leicht ergäzt zu beantworten. Die in Betracht kommenden Größen sind dafür zu schwankend. Der Preis in der Frage der Staatsform und der Außenpolitik wäre hoch, maßlos hoch, wenn die Führung der Deutschnationalen Volkspartei in eben diesen beiden Fragen bisher eine ehrliche Politik getrieben, das heißt, wenn sie mit wirklichem Willen und Glauben eine grundsätzliche Veränderung der Staatsform und der Außenpolitik erstrebt hätte. Ob das der Fall gewesen ist, ob nicht im Grunde dabei Parteitaktik in erster Linie stand, läßt sich nicht nachweisen, entbehrt aber nicht der Wahrscheinlichkeit, wenn wir auf das Verhalten der Partei während der letzten Jahre zurückblicken. Schon diese Erwägung berech-

tigt zur Annahme, daß der Preis für den Eintritt in die Regierung tatsächlich gar nicht hoch gewesen ist, weil er das Aufgeben eines wirklich vorhandenen Standpunktes überhaupt nicht enthalten hätte. Aber auch die andere Annahme wäre möglich, daß nämlich die Führung der Deutschnationalen Volkspartei ihr Zugeständnis durch die Verpflichtung auf das Zentrumsmanifest lediglich als taktische List aufgefaßt haben, etwa im Gedanken: laßt uns erst einmal in der Regierung sein, dann wird man auf diesem oder jenem Wege in dieser oder jener Form zum Staatsreich gelangen; in diesem würden alle Verpflichtungen usw. ganz von selbst ertrinken. Ob das richtig gerechnet wäre, ist eine Frage für sich. Für unsere Ueberlegung kommt es nur darauf an, ob die Führung der Deutschnationalen Volkspartei einen Preis gezahlt hat, der ihr selbst hoch erschien. Wir glauben der Führung nicht Unrecht zu tun, mit der Behauptung, daß ihr hoch und schmerzlich der Preis nur deshalb erschienen sein dürfte, weil er propagandistisch für die Anhängererschaft im Lande zunächst schädlich und gefährlich erschienen konnte. Man hat aber geglaubt, auch damit werde es „nicht so schlimm“ werden, und wahrscheinlich wird das Ergebnis dieser Annahme Recht geben.

Was das sozialpolitische und sozialwirtschaftliche Programm des Zentrumsmanifestes betrifft, so wird die Deutschnationale Führung sicher nicht geizigert haben. Wir kennen ja die herrlichen sozialen Versprechungen und Programme dieser Partei seit ihrer Entstehung. Auf die Frage, was aus ihnen geworden sei, ist das kleine Wort: Nichts! zu erwidern, aber das „macht nichts“; mit sozialen Programmen sind diese Parteien immer bei der Hand gewesen. Nur ist freilich zu beachten, daß das Zentrum durch die mächtigen christlichen Gewerkschaften sich in einer starken Bindung befindet. Diese Partei hat während der Abfassung des Manifestes die vornehmsten starken Gegensätze in ihrem Schoße zum Schweigen zu bringen verstanden. Zwar hat bei der Abströmung in der Partei der „Mann mit der großen Geste des geborenen Volksmannes“, Dr. Wirth, den Saal verlassen, aber das war eben eine der ihm für das Funktionieren seines Organismus lebensnotwendigen „großen Geste“. — Bei sozialpolitischen Gesetzen wird der Druck jener Kreise im Zentrum groß sein, und damit auch derjenige auf die Deutschnationalen. Die sozial getriebenen Elemente innerhalb der Deutschnationalen Volkspartei werden in der selben Richtung wirken. Als eine Konzession der Deutschnationalen Führung ist anzusehen, daß das Vorstandsmitglied der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, Koch, den Posten des Verkehrsministers erhalten hat.

Doch das Alles sind Dinge, die in Zukunft von Fall zu Fall zu beurteilen sind. Für uns kommt, im Ganzen gesehen, sehr wenig darauf an, ob die neue Regierung etwas mehr oder weniger sozial regieren wird, als vielmehr auf die Alles beherrschende, schwer bedeutende Tatsache, daß trotz der christlichen Gewerkschaften und trotz dem Teil der Arbeiterkraft, welcher deutschnational gewählt hat, die neue Koalition auf ausgesprochenem kapitalistischem Boden steht, auf die eine Seite „das Bürgertum“ stellt, auf die andere diejenigen Parteien — vor allem da die sozialdemokratische — welche im Gegensatz zur Wahrheit behaupten, sie vertreten die Hauptmasse der deutschen Handarbeiterkraft. Dies alte noch immer so viel geglaubte Lüge erhält neue Nahrung durch die Bildung des „Bürgerblocks“, nicht zum wenigsten auch durch das so ungeschickte, vom Reichspräsidenten un'erzeichnete, erwähnte Schreiben an den Reichskanzler Marx. In diesem Schreiben befand sich die geradezu ungläubliche Wendung: die bürgerliche Koalition werde, trotzdem ihr keine Parteien der Linken angehörten, besonderes Gewicht auf den sozialen Punkt zu legen haben. Diese Ungeschicklichkeit ist selbstverständlich von der gesamten linken Presse mit besonderer Freude ausgenutzt worden.

Unser Standpunkt ist und bleibt, daß der kapitalistische Bürgerblock ebenso verwerflich ist, wie die Behauptung der linken Parteien, sie seien Arbeiterparteien, heute ebenso eine infame Lüge ist wie vor einem halben Jahrhundert. Bürgerblock wie marxistische Parteien sind reaktionär und in unversöhnlichem Gegensatz zu ihnen steht der deutsche Volksgedanke, dessen Verwirklichung allein eine deutsche Zukunft heraufführen kann.